

Hamburg, den 08.07.2019

PRESSEINFO

47:1 für die Straße beim Thema Forschung – so klappt die Verkehrswende nicht

- „Deutsches Zentrum für Schienenverkehrsforschung“ soll im kommenden Haushalt mit 1,045 Mio. Euro ausgestattet werden. Der vorgesehene Etat für Straßenforschung beim BAST beträgt rund 46,7 Mio. Euro.
- VPI fordert: Verteilung der Haushaltsmittel an politischem Ziel der Verkehrswende orientieren.
- Auch Etatansatz für das Bundesprogramm „Zukunft Schienengüterverkehr“ muss von 20 Mio. auf mindestens 60 Mio. Euro erhöht werden.

Die gute Nachricht vorweg: Deutschland besitzt mit dem „Deutschen Zentrum für Schienenverkehrsforschung“ (DZSF) seit Mai dieses Jahres erstmals eine eigenständige, technisch-wissenschaftliche Ressortforschungseinrichtung. Die schlechte Nachricht lautet: Das DSZF soll im kommenden Jahr mit einem Etat von nur 1,045 Mio. Euro arbeiten. Die im Haushaltsentwurf vorgesehenen Mittel verteilen sich auf Personalkosten für Beamte (925.00 Euro) und „Vermischte Verwaltungsaufgaben“ (120.00 Euro). Ein Projektfördertopf ist nicht vorgesehen. Gleichzeitig soll das Pendant für die Straße, die Bundesanstalt für Straßenwesen (BAST), mit 46,7 Mio. Euro ausgestattet werden. Allein für die Verbesserung der Straßeninfrastruktur sind Projektfördermittel in Höhe von 3,0 Mio. Euro eingeplant.

„47:1 beim Thema Forschung ist ein Spielstand, der wenig Mut macht, dass die Schiene gegenüber der Straße im notwendigen Maß aufholt. Ohne Frage ist die Gründung des Zentrums für Schienenverkehrsforschung ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Klar ist aber auch: Mit diesem schmalen Etatansatz kann

kein spürbarer Beitrag geleistet werden, um den Innovationsrückstand auf der Schiene aufzuholen. Da braucht es mehr. Der politisch formulierte Wille zur Verkehrswende muss sich auch in der Verteilung von Haushaltsmitteln zeigen“, kommentiert Malte Lawrenz, Vorsitzender des Verbandes der Güterwagenhalter in Deutschland (VPI).

Ein ähnliches Bild präsentiert sich bei der Ausstattung des Bundesprogramms „Zukunft Schienengüterverkehr“. Das 2017 als Sofortmaßnahme im Masterplan Schienengüterverkehr angekündigte Programm wird 2020 endlich an den Start gehen: Im Haushaltsentwurf wurde das Programm mit einem eigenen Titel verankert. Dennoch bleibt der Etatansatz mit 20 Mio. Euro weit hinter den Ankündigungen und Notwendigkeiten zurück. Der Masterplan hatte 500 Mio. Euro Bundesmittel verteilt auf fünf Jahre vorgesehen, die Unternehmen des Sektors bereits die gleiche Summe zugesagt.

„Wir begrüßen ausdrücklich, dass das Bundesprogramm Zukunft Schienengüterverkehr nun endlich kommt“, betont Lawrenz. Dieser Schritt sei so überfällig wie richtig. „Mit einem Etatansatz von 20 Mio. Euro verschenken wir aber erneut wichtige Zeit, um die Schiene schnell nach vorne zu bringen. Wer das Ziel von 30 Prozent Marktanteil im Personen- und 25 Prozent im Güterverkehr bis 2030 erreichen will, muss jetzt investieren. Wir fordern den Bundestag deshalb dringend auf, auch hier den Haushaltsentwurf nachzubessern. Zumindest die vom Bundesverkehrsministerium geforderten 60 Mio. Euro für das Bundesprogramm müssen in den Haushalt 2020 aufgenommen werden“, sagt Lawrenz mit Blick auf die anstehenden Haushaltsberatungen.

Für Rückfragen:

Malte Lawrenz, Vorsitzender VPI,
Tel: 040- 22 659 21-0

Kerstin Domscheit, Öffentlichkeitsarbeit VPI,
Tel: 040- 419 12 670, mobil: 0160-15 27533